

„Wir werden den Anschein nicht los, dass wir politisch kontrolliert werden. Aber das ist nicht so.“

Maria-Luise Nittel,
Staatsanwaltschaft Wien



Staatsanwaltschaft Wien

haben wir in den Entwurf für das Budgetbegleitgesetz auch zahlreiche Maßnahmen aufgenommen, die die Prozesse insgesamt schneller, einfacher und billiger machen sollen“, sagt Bosina. „Große Brocken sind nicht dabei, aber es sind viele kleine Änderungen geplant, die man in Summe sehr wohl spüren wird“, sagt Werner Zinkl, Präsident der Richtervereinigung.

So wird etwa der Amtstag am Bezirksgericht teilweise gestrichen. „Für Richter eine Arbeitserleichterung, für die Bevölkerung ein Nachteil“, so Zinkl. Geändert wurde weiters die Schmerzgrenze bei der fahrlässigen Körperverletzung. Bisher war es strafrechtlich relevant, wenn jemand mehr als drei Tage Schmerzen hatte. Diese Grenze wurde auf 14 Tage angehoben – dadurch gibt es nun weniger Fälle und damit auch weniger Arbeit für die Gerichte. Auch auf diese Änderung könnte man Zinkls Aussage ummünzen.

Wenig Beifall auf allen Seiten findet der Plan, das Gerichtsjahr von neun auf

fünf Monate zu reduzieren. Damit werden vier Monate Gehalt gespart, das aus dem Justizbudget bezahlt wird. Aber: „Die Rechtspraktikanten sind wichtige Mitarbeiter in der Justiz, diese vier Monate werden fehlen“, sagt Nittel. Immerhin übernehmen die Rechtspraktikanten wichtige Aufgaben, gehen zum Beispiel zu Verhandlungen am Bezirksgericht. „Außerdem können sie sich in dieser kurzen Zeit weniger Dienststellen anschauen. Und wir haben vor der Übernahme in den richterlichen Vorbereitungsdienst weniger Zeit, um zu entscheiden, ob jemand für diese Laufbahn geeignet ist“, so die oberste Wiener Staatsanwältin.

Der Nachteil der Unversetzbarkeit

Gerhard Benn-Ibler, Präsident des Rechtsanwaltskammertags, hat wiederum einen Vorschlag, um starre Strukturen aufzubrechen: „Vielleicht haben wir gar nicht zu wenig Richter, sondern sie sind nur nicht immer am richtigen Ort. Das Problem ist, dass Richter nicht flexibel auf

KOMMENTAR Feri Thierry



Markus Tordik

Für eine starke Justiz!

Die Justiz hat es derzeit wirklich schwer. Als eine der drei Gewalten sollte sie einen der wesentlichsten Eckpfeiler im Machtgefüge unseres demokratischen Rechtsstaates bilden. In kaum einem anderen Bereich der öffentlichen Verwaltung spielen Weisungswege, Kündigungsschutz, Durchgriffsrechte und Verschwiegenheitspflichten eine so wesentliche Rolle wie in der Justiz. Und nirgendwo sonst ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in korrekte Arbeit so essenziell.

Vertrauen, das gerade in letzter Zeit immer wieder erschüttert wird. Die Justiz sieht sich dem Vorwurf gegenüber, politisch gesteuert zu sein oder gar langsam oder schlampig zu arbeiten. Wer verteidigt die Justiz? Wer hält dem kommunikativen Tsunami etwas entgegen? Die Justiz

selbst ist kommunikativ schwach aufgestellt.

Manche Journalisten und Medien-Konsumenten erregen sich darüber, dass Vertreter der Justiz (wie z.B. Sprecher der Staatsanwaltschaften) keine Details und Einschätzungen zu aktuellen Verfahren darlegen. Die Amtsverschwiegenheit verbietet es ihnen – im Interesse der Verdächtigen oder Angeklagten. Ein wichtiges Prinzip unseres Rechtssystems, dennoch steht die Justiz unter Druck.

Noch erstaunlicher und höchst problematisch ist (wenngleich kaum öffentlich problematisiert), dass die Veröffentlichung von Akten laufender Verfahren in Medien völlig Usus geworden ist. Wie gelangen Akten, die der amtlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, ständig in die Hände von Journalisten? Verwunderlich auch, mit welcher Selbstverständlichkeit in manchen Medien Hausdurchsuchungen, Kontenöffnungen, Zeugeneinvernahmen gefordert werden, als wären die Journalisten detailliert im Bilde über die Aktenlage und die juristisch korrekte Vorgangsweise.

Die Justiz braucht mehr öffentliche Unterstützung, und zwar auf zwei Weisen: politisch

und kommunikativ. Die Justiz braucht ausreichend Ressourcen (personell und inhaltlich), damit Verfahren nicht unnötig lange dauern und niemand mehr gezielte Verzögerungen vermuten kann. Die Justiz braucht politische Unabhängigkeit (ohne Weisungsrecht der Justizministerin), damit politische Einflussnahme ausgeschlossen werden kann. Und es braucht größeres Augenmerk auf Korruptionsbekämpfung in der Verwaltung, damit Vertrauliches vertraulich bleibt. Aber die politischen Maßnahmen müssen durch aktive und professionelle Informationspolitik der Justiz im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten ergänzt werden. Erst dann kann sie sich wieder als starke, unumstrittene und verlässliche Instanz unserer Demokratie behaupten.

Feri Thierry ist Kommunikations- und Public Affairs-Berater sowie Geschäftsführer von Thierry Politikberatung. Daneben ist er Lehrgangsführer des Masterstudiums „Lobbying / Public Affairs“ an der BFI Wien Akademie und Vortragender an verschiedenen Bildungsinstitutionen.

feri.thierry@thierry.at